

# KfW-Kommunalpanel 2016

## Kurzfassung

Das KfW-Kommunalpanel 2016 zeigt, dass sich die Finanz- und Haushaltslage der Kommunen in Deutschland auch im Jahr 2015 ambivalent darstellt. Obwohl die Finanzierungsbedingungen der meisten Kommunen 2015 unverändert gut waren und im kommunalen Durchschnitt ein Finanzierungsüberschuss erwirtschaftet wurde, blieb die Investitionstätigkeit deutlich hinter den Erwartungen zurück.

Der wahrgenommene Investitionsrückstand ist im Vergleich zum Vorjahr leicht von 132 auf 136 Mrd. EUR gestiegen. Die größten Investitionsbedarfe bestehen dabei weiterhin bei Straßen und Verkehrsinfrastruktur (35 Mrd. EUR) sowie im Schul- und Bildungsbereich (34 Mrd. EUR).

Zugleich sind die Disparitäten zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen hinsichtlich Haushaltsausgleich, Schuldenstand und Investitionstätigkeit weiter gewachsen. So schätzten beispielsweise mehr ostdeutsche (44 %) als westdeutsche (25 %) Gemeinden, dass sie den Haushaltsausgleich 2015 nicht schaffen. Kommunen ohne Haushaltsausgleich investieren jedoch ein Drittel weniger als Landkreise, kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden mit ausgeglichenem Haushalt oder Finanzierungsüberschuss. Zudem fällt es diesen Kommunen deutlich schwerer, den Unterhalt der bestehenden Infrastruktur zu gewährleisten.

Der wahrgenommene Rückstand beispielsweise im Verkehrsbereich ist auch deshalb so hoch, weil der laufende Unterhalt für viele Kommunen ein Problem darstellt. So kann lediglich jede zwanzigste Kommune diese vollständig gewährleisten. Zwei Drittel der Kommunen (64 %) schaffen dies – wenn überhaupt – nur teilweise. Auch mit Blick auf den Unterhalt der Infrastruktur zeigen sich wachsende Disparitäten zwischen den Kommunen. So konnten zwei von drei der finanzstarken Kommunen (65 %) die laufende Unterhaltung ihrer Infrastruktur in den letzten fünf Jahren weitgehend gewährleisten. Bei den finanzschwachen Kommunen konnte dies ein ähnlich hoher Anteil (64 %) im besten Fall nur teilweise.

Für alle Aufgabenbereiche rechnen die Kommunen 2016 mit Investitionsausgaben von insgesamt 26,7 Mrd. EUR und damit einer Zunahme der hierfür

aufgewendeten Mittel um knapp 9 %.

Die Steigerungen der Investitionsaktivitäten, die die Kommunen für 2016 im Bereich Straßen und Verkehrsinfrastruktur geplant haben, reichen jedoch nach ihrer Selbsteinschätzung in absehbarer Zeit nicht aus, um den kontinuierlichen Substanzverlust aufzuhalten. Insbesondere in Ostdeutschland erwartet mehr als die Hälfte der Kommunen (53 %), dass der Rückstand wieder wachsen wird.

Im Schul- und Bildungsbereich wächst der Investitionsdruck auf die Kommunen. Zu den zentralen Herausforderungen zählen hier die Inklusion von Kindern mit geistiger und körperlicher Beeinträchtigung und die Integration von Zuwanderern. Die große Mehrzahl (80 %) der befragten Kommunen messen diesen Maßnahmen in den nächsten Jahren eine große oder sehr große finanzielle Bedeutung bei. Dass kommunale Investitionen oft trotzdem nicht oder nur mit Verzögerungen getätigt werden, liegt auch an der zum Teil nach wie vor nicht geklärten Kostenteilung zwischen Ländern und Gemeinden. Zudem können zusätzliche Investitionsbedarfe zum Teil auch aufgrund von personellen Engpässen nicht zufrieden stellend gedeckt werden, weil die Verwaltungskapazität für Planung und Umsetzung von Investitionsvorhaben nach eigenen Angaben der Kommunen nicht ausreicht, um in allen Investitionsbereichen gleichermaßen tätig zu werden.

Neben den guten konjunkturellen Rahmenbedingungen, den finanziellen Entlastungen von Bund und Ländern helfen den Kommunen zudem die zurzeit günstigen Kreditkonditionen. Die große Mehrheit der Kommunen bewertet ihre Finanzierungsmöglichkeiten als gut. Das KfW-Kommunalpanel 2016 zeigt allerdings, dass nicht alle Kommunen die Niedrigzinsphase zur Restrukturierung ihres Schuldenportfolios nutzen können. Fast ein Drittel der befragten Kämmerer – vor allem in Großstädten – befürchtet künftig vor allem für langfristige Darlehen schlechtere Kreditkonditionen. Das dürfte auch ein Ausdruck der strukturellen Haushaltsschwäche sein.

Zudem ist der kumulierte Bestand an Kassenkrediten in den Kommunen 2015 erneut gestiegen. Für 2016 erwarten rund 60 % der befragten Kämmerer keine

Veränderungen hinsichtlich des eigenen Kassenkreditbestandes. Der Anteil der Kommunen, der im Jahr 2015 Kassenkredite „etwas“ bzw. „deutlich“ abbauen konnte, hat sich mit 12 % der Befragten kaum verändert.

Damit sehen sich diese Kommunen langfristig einem Zinsänderungsrisiko und wachsenden Ausgaben für Zinsen und Tilgung gegenüber, wodurch die fiskalischen Handlungsspielräume weiter schrumpfen. Hier droht mithin die Gefahr einer dauerhaften Verfestigung oder fortgesetzten Steigerung des Schuldenstandes – insbesondere bei den bereits hoch verschuldeten Kommunen in Rheinland-Pfalz, Saarland, Hessen und Nordrhein-Westfalen.

Investitionen von Kommunen sind im hohen Maß demografie- und quartierssensitiv, das heißt

entsprechende Bedarfe variieren regional und zum Teil sogar lokal sehr unterschiedlich in Abhängigkeit von der Bevölkerungsentwicklung. Die Investitionsplanung kann sich deshalb in Zukunft noch weniger auf eine reine Fortschreibung der bisherigen Kapazitätsplanungen und Ausbaustandards beschränken, da sonst langfristig teure Remanenzkosten drohen. Selbst wenn – gerade in wachsenden Städten und Regionen – in den kommenden Jahren Kapazitäten zum Teil massiv ausgeweitet werden müssen, gilt es in Zukunft auch auf kommunaler Ebene viel stärker die technologische Dimension von Infrastrukturbedarfen mitzudenken. Es müssen Wege gefunden werden, infrastrukturelle Einrichtungen (z. B. Gebäude für den öffentlichen Bedarf) durch neue, modulare Technologien so zu konzipieren, dass sie flexibel über die Lebensdauer nutzbar und anpassbar sind.